

Luxembourg Vision

Überarbeitete Fassung nach Diskussion bei der CIDD am 17. Juli 2007

**Dr. Joachim H. Spangenberg und das Team des Min. Environnement
Köln/Luxemburg den 25. Juli 2007**

Luxembourg Vision

Einleitung

Das Arbeitspapier „Luxembourg Vision“ hat zum Ziel die grundlegenden Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs zu thematisieren und die Zusammenhänge, eventuelle Zielkonflikte und Abstimmungsbedarf zwischen den Lösungskonzepten für diese Herausforderungen aufzuzeigen.

Die Vision beruht auf der Nachhaltigkeitsdefinition der Kommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen, die 1987 eine nachhaltige Entwicklung als eine Entwicklung definierte, welche die Bedürfnisse des heutigen Generation befriedigt, ohne damit die Fähigkeit künftiger Generationen zu beeinträchtigen, deren eigne Bedürfnisse zu befriedigen. Als zentrale Kernelemente jeder Nachhaltigkeitsstrategie benennt die sogenannte Brundtlandkommission die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse (insbesondere der Armen) und die Anerkennung der Grenzen, die Natur, Gesellschaft und Technik dem Wirtschaften setzen.

Die folgende Beschreibung, gewonnen aus Diskussionen in der CIDD (Commission interdépartementale du développement durable), Einzelgesprächen mit den Mitgliedern und der Diskussion mit den gesellschaftlichen Gruppen zeigt ein weitgehend kohärentes und operationalisierbares Leitbild, identifiziert aber auch potenzielle und akute Konflikte sowie zusätzlichen Abstimmungsbedarf. Lexikalische Querverweise zeigen, dass die Politikintegration in dieser Synthese bereits weit gediehen ist.

Die 18 hier behandelten Herausforderungen sind teils „luxemburgspezifische“ Bereiche, teils globale Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Sie bilden sogenannte Qualitätsziele¹ die längerfristig für eine nachhaltige Entwicklung in Luxemburg unverzichtbar sind. Sie illustrieren die Herausforderungen und wie es zu ihrer Lösung und damit einer nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs kommen kann.

Beispielhafte Herausforderungen sind ohne Zweifel die Integration der nicht-luxemburgischen Einwohner sowie auch der „Grenzgänger“, wie auch das Zusammenspiel von hohen Wachstumsraten mit Umwelt/Natur- und Landschaftsverträglichkeit auf der begrenzten Fläche Luxemburgs.

Die Vision für die zukunftsfähige Entwicklung Luxemburgs ist mehrdimensional. Sie will einen attraktiven Standort Luxemburg mit hoher Lebensqualität, einer stabilen Wirtschaft, soliden Finanzen, hohen Sozial – und Umweltstandards und einer spezifischen Identität.

Ein wesentliches Kennzeichen der Luxemburger Identität ist der soziale Zusammenhalt, die Integration zahlreicher in Luxemburg lebender Ausländer/innen und der Grenzpendler/innen und die Anstrengungen für Chancengleichheit und gegen Segregation. Dieses Verantwortungsgefühl prägt auch die internationale Zusammenarbeit Luxemburgs.

¹ Qualitätsziele sind meist mittel- bis langfristig und ihre Umsetzung das Ergebnis einer aus vielen Einzelmaßnahmen bestehenden Gesamt-Politik.

Hinzu kommt der Respekt vor den regionalen Spezifitäten des Landes und die Verankerung in einer vielfältigen Landschaft und Natur, die es – bei aller wirtschaftlichen Dynamik – zu schützen und zu entwickeln gilt.

Dies soll durch einen effizienten, unbürokratisch arbeitenden Staat in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft erfolgen – alle haben einen Beitrag zu leisten. Luxemburg hat in zahlreichen Feldern viel versprechende Ansätze vorzuweisen, aber noch fehlt eine kohärente Strategie.

Das vorliegende Arbeitspapier bildet den Rahmen für den partizipativen Prozess der zu einer kohärenten Strategie führen soll.

In einer ersten Phase sollen die hier vorgeschlagenen Qualitätsziele/Herausforderungen diskutiert, ergänzt, modifiziert und, wenn möglich, validiert werden. Dem dient eine Diskussion mit dem Nachhaltigkeitsrat, die erneute Konsultation der gesellschaftlichen Gruppen und als Abschluss ein Rundtischgespräch geleitet vom Umweltminister (September/Oktober 2008).

Dieser unterbreitet dann bis Ende des Jahres dem Regierungsrat ein erstes Strategiepapier beruhend auf den zurückbehaltenen Qualitätszielen einschließlich der Modifikationen aus dem Konsultationsprozess. Es bildet eine gemeinsame Vision, ein Zukunftsbild für ein nachhaltiges Luxemburg.

Aufbauend auf dieser Vision wird die Strategie dann im Frühjahr 2008 durch einen operativen Teil mit klaren mittelfristigen Handlungszielen² ergänzt und konkretisiert. Diese werden durch kurzfristige Maßnahmen umgesetzt und ihre Erfolge durch Monitoring und auf Indikatoren gestützte Berichterstattung transparent dokumentiert.

Bis spätestens Ende 2008 soll dann der nationale Plan für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs, nach Einbeziehung aller konsultativen Prozesse, von der Regierung angenommen werden.

Dr. Joachim H. Spangenberg und Claude Origer

Köln/Luxemburg, den 23. Juli 2007

² Als Handlungsziele gelten diejenigen Ergebnisse, die durch die jeweilige Maßnahme oder Bündel von Maßnahmen erreicht werden sollen. Sie sind in der Regel kurz- bis mittelfristig und meist quantifizierbar.



Inhalt

1. Zukunftsfähigkeit der Finanzen	7
2. Wirtschaft krisensicher machen	8
3. Wettbewerbsfähigkeit sichern	11
4. Versorgungssicherheit	13
5. Armutsbekämpfung	15
6. Gesundheit sichern	16
7. Prekarisierung vermeiden / vermindern	17
8. Vollbeschäftigung	18
9. Beseitigung der Armut weltweit	20
10. Reproduktivität sichern	22
11. Integration	23
12. Chancengerechtigkeit, Kompetenzen, Qualifikationen	24
13. Bildung für nachhaltige Entwicklung	26
14. Gleichstellung von Frauen und Männern durch Gender Mainstreaming	27
15. Nachhaltiger Konsum und Produktion	28
16. Kohärente Governance	29
17. Nachhaltige Raumstruktur	31
18. Schutz der natürlichen Ressourcen	33
19. Klimaschutz	36

1. Zukunftsfähigkeit der Finanzen

Die Zukunftsfähigkeit der Finanzen ist, wie z.B. der soziale Zusammenhalt auch, eines der Kriterien das sich von vielen anderen Punkten der *Luxembourg Vision* unterscheidet, insofern es sich nicht um ein in Zukunft zu erreichendes Ziel handelt, sondern um eine Rahmenbedingung, die im Prozess der Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft ständig zu beachten ist.

Die Ausgeglichenheit der Finanzen muss langfristig gesichert sein, um wichtige Aufgaben des Sozialstaats wahrnehmen zu können. Bei Entscheidungen über die angemessene und effektive Wahrnehmung grundlegender sozialstaatlicher Aufgaben (bedürfnisgerechter Sozialschutz, Sicherung von Renten-, Pflege- und Arbeitslosigkeits-Versicherung zur → Verhinderung von Prekarisierung, Entwicklungshilfe,...) und um im Rahmen der staatlichen Zukunftsvorsorge handlungsfähig zu sein, z.B. durch zukunftsversorgende Investitionen, insbesondere Infrastruktur im Sozial- und Umweltbereich (z.B. Kindergärten, Schulen, Forschung, Wasser- und Transportinfrastrukturen) spielen die öffentlichen Finanzen betreffende Erwägungen eine maßgebliche Rolle.. Dabei sollen kurz- und mittelfristig die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten werden (Erreichen des mittelfristigen Haushaltsziels, Neuverschuldung unter 3%, geringe öffentliche Schulden) und langfristig Reserven für Krisenzeiten aufgebaut werden. Die erforderliche dauerhafte und stabile Sicherung der Einnahmeseite (Luxemburg als attraktiver Standort im europäischen Wettbewerb) beschränkt die kurz- und mittelfristigen Handlungsmöglichkeiten: der Ausstieg aus dem Tanktourismus ist nur schrittweise möglich, und ebenso die Verlagerung der Steuerlast von Arbeit auf Umweltnutzung. Diese ist zudem in ihrer Reichweite begrenzt, weil infolge der hohen Anzahl an Grenzpendlern, deren Konsum und Umweltnutzung zu erheblichen Teilen im Ausland anfällt, der Anteil der direkten Steuern an den Staatseinnahmen vergleichsweise hoch ist und eine solche Umstellung zu einer Verengung der Steuerbasis führen würde (und einen Anreiz zum Pendeln darstellte). Notwendig ist auf jeden Fall eine kostendeckende Bepreisung von Trink- und Abwasser und anderer öffentlicher Dienstleistungen (soweit nicht nach dem Sozialstaatsprinzip andere Verteilungskriterien im Vordergrund stehen).

Neben der Sicherung der Einnahmen kann die Zukunftsfähigkeit der Finanzen durch effizientes Wirtschaften gesichert werden, sodass mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel bewirkt werden kann. Dazu gehören eine klare Prioritätensetzung der Politik und ihre effektive Umsetzung in Ausgabenschwerpunkte, sowie die Verbesserung von Effektivität und Effizienz öffentlicher Investitionen. Ein Mittel zu diesem Zweck ist bessere horizontale und vertikale Politikintegration, (→ kohärente Governance) und das Monitoring der durch öffentliche Mittel bewirkten Effekte, was einerseits eine Erfolgskontrolle ermöglicht und zum anderen hilft, politische Ziele in der Budgetgestaltung umzusetzen. Dazu dienen die EU-Nachhaltigkeits- und Strukturindikatoren, ihre Modifizierung bzw. Ergänzung entsprechend der nationalen Spezifika, sowie mittelfristig auch ein Gender Budgeting zur Umsetzung der europäischen und nationalen Ziele der → Gleichstellungspolitik bzw. des „gender mainstreaming“).

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Vorstellungen über die Geschwindigkeit der Umsetzung einzelner Teilziele
Sozial-, Raum- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für die verschiedenen Strategien der finanziellen Absicherung.

2. Wirtschaft krisensicher machen

Zukunftsfähige Finanzen können nur erreicht werden, wenn die staatlichen Einnahmen nicht nur hinreichend hoch, sondern auch stabil sind. Eine notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahme ist eine anti-zyklische Haushaltspolitik, die jedoch aufgrund der relativen Größe Luxemburgs und der Eingebundenheit in den europäischen Binnenmarkt nur eine begrenzte Reichweite hat. Zur Absicherung gegen konjunkturelle und spekulative Schwankungen ist es deshalb zusätzlich notwendig, eine übermäßig starke Abhängigkeit durch eine Strategie der gezielten, auf vorhandenen Stärken aufbauenden Diversifizierung der Wirtschaft zu reduzieren. Dazu zählt einerseits die interne Differenzierung der Finanzbranche am Standort Luxemburg, die *in summa* rund die Hälfte des BIP des Landes erwirtschaftet, sowie andererseits die Differenzierung der luxemburger Wirtschaft durch die selektive Stärkung weiterer Branchen.

Die langfristige Vision für die luxemburger Wirtschaft ist die einer stabilen, auf mehreren Säulen ruhenden → wettbewerbsfähigen Ökonomie, die auf den vorhandenen Potenzialen des Landes und seiner Regionen aufbaut (multi-sektorielle Spezialisierung). Das gilt für Automobil-Zulieferer, Material (Stahl, Glas), Kunststoffindustrie und Logistik; für letztere kommt es darauf an, nicht in erster Linie Transporte durch Luxemburg – über Flughafen, Bahn und Autobahn – zu organisieren, sondern einen höheren Teil der Wertschöpfung im Lande zu behalten und Organisationsdienstleistungen anzubieten (angesichts der bestehenden Verkehrsbelastung sollten nicht-verkehr-intensive Ansiedlungen bevorzugt berücksichtigt werden). Darüber hinaus werden Gesundheits- und Umwelttechnologien mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums angesiedelt oder unterstützt; das Kommunikationsministerium fördert Telekommunikation und eCommerce, die zudem Synergien mit den übrigen Branchen aufweisen.

Die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung werden durch → Bildungs-, Forschungs-, Sozial-, Gleichstellungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik geschaffen, durch die Einrichtung von Cluster-spezifischen Industrieparks und die Ansiedlung der entsprechenden Forschungseinrichtungen in unmittelbarer Nähe der Produzenten, durch lebenslange Fortbildungsmöglichkeiten für Männer und Frauen sowie durch die Bereitstellung von Wohnraum, Verkehrsanschlüssen und Ver- und Entsorgungsnetzen. Dies erfordert eine Integration der Wirtschaftsplanung und ihrer Anreize (z.B. Beihilfen, fiskalische Maßnahmen) mit der Raumplanung auf Landes-, Regions- und Gemeindeebene, sowie die Abstimmung der angebotenen Berufsausbildungen bzw. → Qualifikationen mit dem erwarteten zukünftigen Bedarf.

Ein diversifiziertes Arbeitsplatzangebot hilft auch, geeignete hochwertige Arbeitsplätze für Bürger/innen mit unterschiedlichen Begabungen und darauf aufbauenden Qualifikationen bereit zu stellen, und auf die Cluster abgestimmte Bildungsangebote können dazu beitragen, den Mangel an Fachkräften durch stärkere Einbeziehung von Frauen zu mildern (was auch das Pendlerproblem mildern würde). Neue Ansiedlungen sind auf effiziente nationale wie internationale Verkehrsverbindungen angewiesen; ein Ausbau des Schienenverkehrs ist hier vordringlich.

Weitere Elemente einer Diversifizierung der Wirtschaft ergeben sich im ländlichen Raum durch Diversifizierung in der Landwirtschaft, die über Regional-, Spezial- und Bioprodukte für die Versorgung der Großregion und die Integration z.B. von Tourismus (z.B. durch naturnahe Erholungsangebote) die Wertschöpfung verbessern kann und somit den öffentlichen Zuschussbedarf langfristig abbauen kann. Die Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) im gesamten Land unterstützt des Mittelstandsministerium; KMU sind in Luxemburg wie in der gesamten EU ein wesentlicher Pfeiler der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes; ihre Förderung ist auch Teil der Umsetzung europäischer Politiken (u.a. Lissabon-Strategie). Eine Förderung des Unternehmer/innengeistes (gestützt durch Beratungs-, Bildungs- und Kreditprogramme) erleichtert den Schritt in die Selbstständigkeit. Da Frauen sich meist in anderen Branchen als Männer selbstständig machen bedeutet die spezielle Förderung von Unternehmensgründungen durch Frauen einen Beitrag zur Diversifizierung auf der Mikroebene.

Zielkonflikte:

Die zur Zeit dominierende Finanzwirtschaft ist eine der am wenigsten ressourcenintensiven Branchen (bezogen auf ihre Operationen vor Ort und lebenszyklusweit³); eine Diversifizierung würde deshalb unmittelbar zu einem höheren Ressourcenkonsum (Energie, Wasser, Material, Fläche) führen, wenn sie nicht mit entsprechenden Gegenmaßnahmen flankiert wird (die wiederum kostenträchtig sein können, was – wenn die Kosten nicht vom Staat übernommen werden – die Ansiedlung selbst gefährden kann. Kostenübernahme stellt gleichzeitig einen potenziellen Konflikt mit der Nachhaltigkeit der Finanzen dar. So soll im Rahmen des Übergangs zu einem Modell → nachhaltigen Konsumierens und Produzierens und mittel- und langfristig die Energieintensität der Wirtschaft sinken – das erfordert bei Diversifizierung Kompensationsmaßnahmen z.B. in den Sektoren Verkehr, Haushalte und produzierendes Gewerbe.

Die Grundwasservorräte in Luxemburg sind begrenzt; sie werden bereits bis and die Grenze ihrer Kapazitäten genutzt und die Nutzungspotenziale werden infolge des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten eher abnehmen. Diversifizierung kann zu steigendem Wasserverbrauch führen, wenn nicht von vornherein sowohl durch Auflagen (wie geschlossene Wasserkreisläufe), und durch Kompensationsmaßnahmen (Effizienz, Substitution) in privaten und öffentlichen Konsum, sowie durch eine mittels geeigneten Instrumenten geförderten Reduzierung der Grundwasserbelastung durch die Landwirtschaft ein Ausgleich geschaffen wird. Ein steigender Wasserverbrauch beinhaltet ebenfalls einen steigenden Abwasseranfall, ebenso ist eine steigende Schmutzfracht im Abwasser durch Diversifizierung denkbar. Größere Investitionen im Abwasserreinigungsbereich sind demzufolge erforderlich um weiterhin einen hinreichenden Schutz unserer Gewässer zu gewährleisten.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik: Die vorhandenen Freiflächen in Luxemburg sind begrenzt, insbesondere für die Ansiedlung größerer Cluster, für deren Erfolg jedoch – zumindest in der Anfangsphase – die räumliche Nähe ausschlaggebend ist. Diese Ansiedlungen brauchen auch Ver- und Entsorgung sowie Verkehrsanbindung (wo möglich Umweltverbund), Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Information und Kultur, etc. Insofern ist eine Abstimmung mit der Raumplanung auf Landes-, Regions- und Gemeindeebene sowie mit der Verkehrsplanung mit den Diversifizierungszielen eine wichtige Voraussetzung für ökonomischen Erfolg, soziale Akzeptanz und ökologische Unschädlichkeit (→ kohärente Governance).

Einer der wichtigen „soft factors“ und Voraussetzung für eine erfolgreiche Clusterbildung ist das Vorhandensein geeigneter → Qualifikationen (Grenzpendler sind auch in Zukunft für Luxemburg unverzichtbar, tragen aber durch die Verortung eines erheblichen teils ihrer sozialen Netze am Wohnort weniger zur Clusterbildung bei). Umso wichtiger ist es, das lokale Arbeitskräftepotenzial qualitativ hochwertig auszubilden und auf die Arbeitswelt vorzubereiten, so dass es die Chancen nutzen kann, die eine starke luxemburger Wirtschaft bietet (die neben den Einwohner/inne/n Luxemburgs auch weiterhin auf Zuwanderer und Grenzpendler/innen angewiesen sein wird). Um in den Ausbildungsgängen in Luxemburg die → „Qualifikationen der Zukunft“ zu vermitteln, also das Ausbildungsangebot mit dem zukünftigen Bedarf abzustimmen, gilt es, der Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte entsprechende Ausbildungen frühzeitig zu erarbeiten und anzubieten und die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. Dabei besteht allerdings das Risiko, Ausbildungen anzubieten und zu fördern, die zu Clustern gehören, deren Ansiedlung scheitert, sich verzögert oder nicht die gewünschte Größe und Dynamik erreicht, sodass die Ausgebildeten letztlich ohne Arbeitsplatz dastehen. Will man dies vermeiden, so ist eine regelmäßige Absprache der an der Wirtschaftsförderung beteiligten Ministerien mit dem Bildungsministerium (Schule, Hochschule, Forschung) notwendig. Neben den Fachkompetenzen muss die Schule vor allem Schlüsselkompetenzen vermitteln, die als Grundlage des lebenslangen Lernens dienen und die Anpassungsfähigkeit der Ausgebildeten verbessern.

³ Die durch sie induzierten Ressourcenumsätze in Produktion und Konsum sind dagegen kaum zu quantifizieren

Die Förderung von Telekommunikation und eCommerce durch das Kommunikationsministerium sollte in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden sein, denn sie eröffnet – je nach Ausgestaltung – auch Chancen die → Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, → Vollbeschäftigung zu fördern, → Prekarisierung zu vermeiden, die → Versorgungssicherheit zu stärken sowie → Integration und → Chancengerechtigkeit zu stützen. Andererseits stellt sie Anforderungen an → Bildung, Forschung und Raumordnung.

3. Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die Wirtschaftsförderung setzt auf eine multi-sektorielle Spezialisierung, was einen Selektionsprozess, das Setzen von Schwerpunkten und eine klare Arbeitsteilung innerhalb des so definierten Rahmens voraussetzt. Dieser bedarf einer kontinuierlichen und sorgfältigen Abstimmung zwischen den Ressorts (Finanzen, Wirtschaft, Mittelstand und Tourismus, Kommunikation, Landwirtschaft, und mit den wirtschaftlichen Akteuren, Firmen, Kammern und Gewerkschaften.

Alle bestehenden und geplanten Branchen, Finanzen, Automobilzulieferer, Material, Kunststoffindustrie und Logistik, und insbesondere der neue Schwerpunkt Gesundheits- und der zukünftige Schwerpunkt Umweltechnik, aber auch Telekommunikation, Medien und eCommerce sowie die Wirtschaft der nicht-urbanen Bereiche (Landwirtschaft, Tourismus, Handwerk, KMU,) sind darauf angewiesen, sich im (internationalen) Wettbewerb zu behaupten.

Ihre Ansiedlung und Stabilisierung erfordert Steuersätze und Sozialabgaben, die durch die Besonderheiten des Standorts gerechtfertigt sind. Zu diesen gehört die Bereitstellung geeigneter Infrastrukturen und die Ausnutzung bzw. den Ausbau von vorhandenen oder potenziellen Standortvorteilen, so z.B.

- Ein Gesellschaftsmodell, das auf Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt zielt, durch → Vollbeschäftigung, → Chancengleichheit und soziale Institutionen (Einrichtungen wie Kindergärten, Dienstleistungen, Mindesteinkommen zur → Verhinderung von Prekarisierung, Agrarsicherungsfonds, etc.) die Flexibilität der Arbeitnehmer/innen erhöht und die Attraktivität für ausländische Fachkräfte auch durch ein für Zuwanderer/innen und Pendler/innen offenes soziales Sicherheitssystem garantiert, in Zusammenarbeit der Sozialpartner,
- ein unbürokratisches, aber verlässliches und kooperatives institutionelles System, bürgernah, mit direkten Kontakten, kurzen Wegen, Transparenz, adäquaten gesetzlichen Rahmenbedingungen auch für Ansiedelung und Wirtschaftstätigkeit, insbesondere in Steuersachen, einem an der Arbeitsqualität orientierten Arbeits- und anspruchsvollen Umweltrecht,
- eine gesunde Natur, die Freizeit- und Erholungswert hat („weiche Standortfaktoren“) und die Lebensqualität verbessert, aber auch eine Grundlage für die Naturschutz- und Tourismuswirtschaft bildet,
- eine ausgewogene räumliche Organisation aufbauend auf multifunktionalen zentralen Orten, einer komplementären Entwicklung zwischen der international renommierten Stadt Luxemburg mit ihrem vielfältigen kulturellen Angebot, der aufzuwertenden Stadtregion im Süden und der zu entwickelnden „Nordstad“ als Ausgleichszentrum sowie attraktiven ländlichen Räumen deren Eigenart, Vielfalt und Identität erhalten bleibt (→ nachhaltige Raumstruktur),
- entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte und eine auf die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichtete Kompetenzentwicklung von Männern und Frauen (Bildungswesen und lebenslanges Lernen),
- exzellente Forschungseinrichtungen entsprechender Fachrichtungen (Besetzung von Kompetenz-nischen der Zukunft, langfristiger Kompetenzaufbau, z.B. zur Kostensenkung durch Förderung hoher Arbeits- und Ressourcenproduktivität: energie- und ressourceneffiziente Produktions- und Nutzungstechniken),
- die technische Infrastruktur einschließlich Verkehr (Individualverkehr und Umweltverbund), bestehend aus den für die einpendelnden und für die Wirtschaft unverzichtbaren außerhalb Luxemburgs wohnenden Arbeitnehmer/innen (→ Versorgungssicherheit), der Sicherung der innerstaatlichen Erreichbarkeit (→ Raumqualität) sowie der effizienten Anbindung Luxemburgs an internationale Verkehrsadern (Strasse und Schiene nach Belgien, Frankreich und Deutschland) Kommunikation und Ver- und Entsorgung.
- Eine vorteilhafte Situation der persönlichen Sicherheit mit im internationalen Vergleich niedrigen Kriminalitätsraten und wenig Gewaltverbrechen – man kann sich in Luxemburg weit angstfreier bewegen als andernorts.

Gerade die letztgenannten Bedingungen, aber auch die „weichen Standortfaktoren“ tragen dazu bei, dass einmal etablierte Betriebe ortsfest bleiben und nicht zu (vordergründig) günstigeren Produktions-

standorten abwandern (das Risiko der Abwanderung ist bei Kleinbetrieben und personenbezogenen Dienstleistungen am geringsten). Die Förderung des Initiativgeistes von Männern und Frauen, und die umfassende Nutzung ihrer Qualifikationen in der Wirtschaft, und dazu die Erleichterung des Wechsels von Erwerbs- zu Versorgungsarbeit und zurück tragen zur Wettbewerbsfähigkeit bei.

Generell kann der Standort Luxemburg nicht auf den Kostenwettbewerb setzen, da ein allgemeiner Konsens besteht, dass das Niveau von Lebensstandard und Sozialleistungen gehalten werden soll. Jetzige und zukünftige Branchen müssen deshalb auf einen Qualitätswettbewerb setzen und mit ihren Produkten auf das Hochpreissegment zielen – das erfordert eine Qualitätsorientierung in allen Bereichen von Landwirtschaft bis zur Technikentwicklung, und die Unterstützung durch spezialisierte Spitzenforschung von Logistik bis Gesundheitstechnik und Biodiversität. Dies wiederum erzeugt den Bedarf nach ausreichenden akademischen Ausbildungskapazitäten und Fortbildungsmöglichkeiten.

Zielkonflikte:

Vgl. → Wirtschaft krisensicher machen, potenzielle Zielkonflikte zwischen Ressourcenkonsum und selektiver Spezialisierung. Keine zusätzlichen Konflikte, außer die Orientierung Wettbewerbsfähigkeit wird genutzt, um nationale Sozial- oder Umweltstandards in Frage zu stellen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Siehe → Wirtschaft krisensicher machen. Insbesondere Sozial-, Raum- und Umweltverträglichkeit bedürfen miteinander abgestimmter Politiken. Die nationalen Sozial- oder Umweltstandards sollten an den Qualitätszielen für Luxemburg ausgerichtet sein (→ Schutz der natürlichen Ressourcen; → Prekarisierung verhindern/vermindern; →...), aber in ihrer Umsetzung keine Kostenbelastung darstellen, die die Exportfähigkeit gegenüber dem nahen Ausland unterminiert.

Entwicklungszusammenarbeit schließt Erschließung neuer Märkte nicht aus, wird aber, mit Respekt auf das Prinzip der „untied aid“, nicht ziel führend in diesem Sinne konzipiert und betrieben. Luxemburger Unternehmen werden zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen für Waren- und Dienstleistungsankauf im Rahmen der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit ermutigt, müssen sich allerdings, wie ausländische Unternehmen auch, dem Wettbewerb stellen. Im umgekehrten Sinne ist es natürlich auch nur möglich eine anspruchsvolle Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen, wenn die wirtschaftliche Situation des Landes diese zulässt.

4. Versorgungssicherheit

Versorgungssicherheit umfasst die Versorgung der Individuen und der Haushalte wie die Versorgung der Wirtschaft; sie wird indirekt gefördert durch Einsatz und Verwendung öffentlicher Haushaltsmittel:

Versorgungssicherheit der Wirtschaft

- Versorgungssicherheit der Wirtschaft mit den notwendigen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Ressourcen einschließlich Energieträger, Investitionsmittel). Dies wird erleichtert, wenn der → Schutz der natürlichen Ressourcen durch Energie- und Materialnutzungseffizienz, neue Technologien und auf Grundlage dieser Einsparungen durch die Nutzung von Substituten (erneuerbare Energien incl. Biomasse in ökologisch vertretbaren Grenzen, Recyclingmaterialien) in neuen → Produktions- und Konsummustern verändert wird, auch durch die rapide Verbreitung umweltgerechter und öko-effizienter Technologien. Angebotsseitig ist die Versorgungssicherheit für Energie (zuverlässige Versorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen) ein Standortfaktor für energieintensive Industrien.
- Die „Versorgung“ mit Arbeitskräften erfordert über die Bildungsangebote für Einwohner/innen und Zuwanderer (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung) hinaus geeignete, leistungsfähige und zuverlässige Transportmittel (z.B. die Bahn) sowie die Gewährleistung der Sicherheit auf den Straßen und im gesamten Umweltverbund, für Einwohner/innen wie für Grenzpendler/innen.
- In der Wirtschaft dient auch die Risikovermeidung (z.B. in den Bereichen Umgang mit Chemikalien und neue Technologien) zur Sicherung der langfristigen Versorgung.

Versorgungssicherheit der Bürger/innen

Die Versorgungssicherheit der Bürger/innen umfasst alle Bereiche des Alltagslebens und ist Voraussetzung dazu, seinen weiteren Lebensweg selbstständig planen zu können, also zur Verhinderung von Prekarisierung (→ Prekarisierung vermeiden/vermindern). Das von besonderer Wichtigkeit, damit auch die heranwachsende Generation in die luxemburgische Gesellschaft und ihr Wertesystem integriert werden kann (→ Integration).

- Versorgungssicherheit umfasst z.B. den Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen mit qualifiziertem Personal in den Bereichen Transport, Gesundheit und langfristig Pflege zu erschwinglichen Kosten, zu Erholungsmöglichkeiten und Naturerlebnissen (dafür müssen Naturräume geschützt und der Verlust an biologischer Vielfalt beendet werden. Ausreichender Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, Strom, Heizung, Kleidung, gesunden, hochwertigen (auf Nachfrage auch GMO-freien) Lebensmitteln zu unabhängig von der momentanen Einkommenssituation bezahlbaren Preisen.
- Auf der Einkommensseite sind das Existenz sichernde Mindesteinkommen (das sogenannte „revenu minimum garanti“ (RMG)), die Pensionen, die einen angemessenen Lebens- und Wohnungsstandard für die Rentner/innen dieser und der nächsten Generationen sichern, und auch die gegenwärtigen [und zukünftigen] Sozialleistungen, die den besonderen Bedürfnissen (einschließlich dem nach geeignetem hochwertigen Wohnraum) von älteren und behinderten Menschen ausreichend Rechnung tragen (z.B. der „revenu pour personnes gravement handicapées, das „complément pour l'accueil gérontologique“...) zu nennen.

Versorgungssicherheit durch vernünftigen Umgang mit Ressourcen bedeutet Risikovermeidung durch geänderte → Produktions- und Konsummuster, die wiederum durch → Erziehung und Bewusstseinsbildung („Verbraucher/innen-Empowerment“) befördert werden müssen.

Auch in Luxemburg zeigt sich das „Wohlstandsdilemma“: gut verdienende Konsument/inn/en sind es nicht gewohnt sparen zu müssen, und sehen bei vorhandenen finanziellen Spielräumen auch Einschränkungen des Konsums aufgrund anderer als ökonomischer Faktoren nicht leicht ein (→ Bildung).

Teil der Erziehung ist auch die Ausbildung der Fähigkeit zur Selbstversorgung bei Jungen und Mädchen.

Zielkonflikte

Bei frühzeitiger Abstimmung keine. Sonst potenzielle Konflikte zwischen einem hohen Niveau der Versorgungssicherheit und dem Ziel der Reduktion des Ressourcenkonsums (→ nachhaltiger Konsum, → Schutz der natürlichen Ressourcen, → Klimaschutz)

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik

Raumplanung, Bildungspolitik, Umweltpolitik, Wohnungsbaupolitik

5. Armutsbekämpfung

„Armutsbekämpfung“ bezieht sich auf die Überwindung von *relativer Armut* in Luxemburg, dem reichsten Land Europas, was wiederum hohe Standards für die Armutsschwelle in Luxemburg setzt; zum Beitrag Luxemburgs zur Bekämpfung der absoluten Armut international (ein wichtiger Bestandteil von Nachhaltigkeit, operationalisiert durch die UN Millennium Goals) siehe „Beseitigung der Armut weltweit“.

Zur Verhinderung der Gefahr relativer Armut gehört

- die → Versorgungssicherheit mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (einschließlich der Grundbedürfnisse nach Ernährung, Kleidung, Zugang zu Wohnraum etc.) zu unabhängig von der momentanen Einkommenssituation bezahlbaren Preisen, und die Unterstützung z.B. von Schulspeisungen
- der Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem sozialen oder wirtschaftlichen Interesse,
- die Sicherung eines würdigen Lebens im Alter mit einem Transfereinkommen, das die aktive Teilnahme am sozialen und kulturellen öffentlichen Leben ermöglicht und so bei Männern und Frauen → Prekarisierung verhindert.

Insbesondere der intergenerationelle Armutstransfer muss durch die genannten Maßnahmen überwunden werden, um die Herausbildung einer den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdenden festen Schicht von Armen/Unterprivilegierten zu verhindern die droht, durch eine nicht nachhaltige Sozialisation aus dem Wertesystem der Gesellschaft herauszufallen. Landwirtschaftliche Einkommen lagen in den in Luxemburg traditionell bevorzugten Familienbetrieben oft an der Armutsschwelle; neue Verarbeitungs- und Vermarktungswegen für Agrarprodukte, und neue Produkte (Biomasse, nachwachsende Rohstoffe, aber → Nachhaltiger Konsum und Produktion; Schutz der natürlichen Ressourcen sowie Serviceleistungen können dazu beitragen, Agrareinkommen näher an die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen heranzuführen. Allerdings geht der nach wie vor notwendige Strukturwandel mit wachsenden Hofgrößen und der Schließung zahlreicher Familienbetriebe einher.

Die direkt in die Armutsbekämpfung eingebundenen karitativen Organisationen verdienen eine staatliche und fiskalische Anerkennung und Unterstützung, da sie im Interesse der Gesellschaft wesentliche Aufgaben für den sozialen Zusammenhalt wahrnehmen.

Armut erwerbsfähiger Menschen kann auch durch Integration in den Arbeitsmarkt (mit dem Ziel der → Vollbeschäftigung) und die daran gekoppelte Teilhabe an der Wohlstandsproduktion vermieden werden; diese sollte gezielt befördert werden.

Weitere Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr von Armut siehe das Qualitätsziel → Prekarisierung verhindern/vermindern.

Zielkonflikte:

Begrenzung der Abgabenlast der Beschäftigten vs. Sicherung der Transferzahlungen. Hohe Sozialabgaben können durch die Steuerfinanzierung der Sozialsysteme zumindest teilweise vermieden werden kann.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Integrierte Sozialschutzsysteme, die alle Teilaspekte verzahnen und den Einwohner/inne/n wie den in Luxemburg Arbeitenden die Inanspruchnahme erleichtern.

Effizientes „Mainstreaming“ der Armutsbekämpfung in allen Politikbereichen.

6. Gesundheit sichern

Ziel der Gesundheitspolitik ist die Förderung der öffentlichen Gesundheit zu gleichen Bedingungen für alle und einen verbesserten Schutz vor Gesundheitsbedrohungen. Einen verbesserten Schutz vor Gesundheitsbedrohungen sollte durch Entwicklung der Fähigkeiten zur koordinierten Reaktion auf diese Bedrohungen → kohärente Governance, angestrebt werden.

Physische und psychische Gesundheit für alle ist unerlässlich, daher müssen qualitative hochwertige, für alle nutzbare und von allen finanzierte Gesundheitssysteme → Zukunftsfähigkeit der Finanzen, aufrechterhalten werden. Es gilt Diskrepanzen im Gesundheitsbereich zu verringern, indem die allgemeineren Gesundheitsdeterminanten und geeignete Strategien zur Gesundheitsförderung und Krankheitsvorbeugung behandelt werden.

Gesundheit ist laut der WHO nicht nur die Abwesenheit von Krankheit sondern ein umfassendes Wohlergehen. Durch u.a. Präventionsprogramme soll es zu einer Dämpfung der Zunahme von durch die Lebensweise bedingten und chronischen Krankheiten kommen, dies insbesondere bei sozioökonomischen benachteiligten Gruppen → Prekarisierung vermeiden / vermindern. Besondere Beachtung soll der Ausarbeitung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen gewidmet werden, die auf mit der Lebensweise zusammenhängende Gesundheitsdeterminanten wie Drogen, Tabakkonsum, Alkoholmissbrauch, falsche Ernährung und Bewegungsmangel sowie auf chronische Krankheiten ausgerichtet sind.

Ein weiteres Ziel einer nachhaltigen Gesundheitspolitik stellt die Verbesserung der psychischen Gesundheit und die Bekämpfung von Suizidrisiken dar. Die Gesundheitspolitik soll darauf hinzielen, Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die Frauen und Männern dabei helfen, emotionale Ausgeglichenheit zu erreichen und aufrechtzuerhalten und so ihr Wohlbefinden, ihr subjektives Empfinden von Lebensqualität sowie ihre körperliche und geistige Gesundheit zu verbessern.

Gesundheitsvorsorge heißt auch Gefahrenquellen zu beseitigen, respektiv zu verringern. Umweltbelastungen beeinträchtigen in aufsteigendem Maße die Gesundheit von immer mehr Menschen. Bis 2020, muss es zu einer Sicherstellung der Produktion, der Handhabung und Verwendung der Chemikalien, einschließlich Schädlingsbekämpfung, kommen, die keine größere Belastung für die menschliche Gesundheit und Umwelt darstellt. → Schutz der natürlichen Ressourcen. Dabei wird die rasche Annahme der Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Schadstoffe (REACH) einen Meilenstein darstellen, wobei als Ziel angestrebt wird, besonders besorgniserregende Stoffe langfristig durch geeignete alternative Stoffe oder Technologien zu ersetzen. Eine Verbesserung der Information über Umweltverschmutzung und Gesundheitsschäden gilt es anzustreben.

Es gilt ebenfalls die wichtige Rolle der Landwirtschaft zur Sicherung der Gesundheit zu unterstreichen → Versorgungssicherheit: dies durch eine weitere Verbesserung der Vorschriften für Lebens- und Futtermittel einschließlich einer Überprüfung der Lebensmittelkennzeichnung, sowie auch die Aufrechterhaltung des Einsatzes für ein hohes Niveau der Tiergesundheit und des Tierschutzes und die Ablehnung des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen.

7. Prekarisierung vermeiden / vermindern

Prekarisierung ist der Verlust der Zukunftssicherheit durch Arbeits- und Lebenssituationen, die eine langfristige Planung nicht erlauben (befristete Arbeitsverträge, unsichere Einkommensentwicklung, Erosion sozialer Netze, Furcht vor möglichem sozialen Absturz, gleichgültig ob objektiv begründet oder nur subjektiv empfunden). Prekarisierung unterscheidet sich insofern von Armut, als einerseits die relative Höhe des befürchteten sozialen Absturzes und nicht nur das am Ende erreichte Niveau entscheidend ist, und andererseits durch den subjektiven Faktor. Durch diesen vergrößert sich der Kreis der Betroffenen, und verschiebt sich der Zeitpunkt der Belastung in Situationen, die noch einen gesicherten Alltag darstellen. Auf diese Weise trifft Prekarisierung zunehmende Anteile auch der Mittelschichten und hoch qualifizierten Funktionseliten (Manager, Techniker, Verwalter) in Europa. Insbesondere Frauen leben häufig in einer Situation „potenzieller Prekarisierung“ ohne Berufstätigkeit oder mit Teilzeitarbeit, aber abgesichert durch eine Familie. Bricht diese auseinander (Trennung, Scheidung, Tod des Partners) wird die Prekarisierung plötzlich aktualisiert. Deshalb ist gerade angesichts zunehmender Zahlen Alleinstehender eine nicht befristete verlässliche Sicherung durch unter anderem ein existenzsicherndes Mindesteinkommen (RMG) notwendig, um das Verunsicherungsgefühl zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu erhalten. Mittel dazu sind die langfristige Garantie der sozialen Schutzsysteme, insbesondere der individueller Pensionen für Männer und Frauen in dieser und kommenden Generationen (sichere Renten in einer Höhe, die ein würdiges Leben ermöglicht), der problemlose Zugang zu Leistungen des Sozialschutzes, ein Existenz sicherndes Mindesteinkommen, der dauerhaft garantierte Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen ein Steuersystem, das Geringverdiener schont und Güter der Grundbedürfnisbefriedigung besonders gering belastet.

Diese Garantien sind jedoch nur dann wirksame Mittel gegen Prekarisierung, wenn die Glaubwürdigkeit der Garantieträger in Politik und Administration hoch ist. Dies bedarf der ständigen Bemühung und der Kommunikation.

Ebenso wie für die → Überwindung der Armut ist die Integration aller arbeitssuchenden Männer und Frauen, und insbesondere der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (→ Vollbeschäftigung) durch leistungsfähige aktivierende (d.h. individualisierte Unterstützung bietende) Sozialschutzsysteme ein wesentlicher Beitrag zur Vermeidung von Prekarisierung und zur Erhöhung der Lebensqualität durch autonome Existenzsicherung. Die Anhebung des Bildungsniveaus, insbesondere die Bekämpfung des schulischen Misserfolgs, ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung, aber auch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Behinderte und Unausgebildete und der Zugang zu adäquatem Wohnraum. Diese Unterstützungsleistungen müssen insbesondere Einwohnern aus sozial benachteiligten Gruppen (aufgrund von Sprache, Einkommen, Bildungsgrad, etc.) problemlos zur Verfügung stehen, um die soziale Gleichstellung von Randgruppen und Ausländern zu gewährleisten.

Werden gleitende Übergänge zwischen Erwerbs-, Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit ermöglicht, so steigen die Möglichkeiten, sich lebensphasenspezifisch Schwerpunkte zu setzen; ein zeitweiliger Rückzug aus der Erwerbsarbeit ist dann keine Einbahnstrasse mehr. Das dämpft die Befürchtungen von Abhängigkeiten und sozialem Abstieg und trägt so zu Bekämpfung der Prekarisierung bei.

Zielkonflikte:

Finanzierbarkeit, Höhe und gerechte Verteilung der Transfers vs. Höhe der Abgaben

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Bildungspolitik, Sozialpolitik, Jugendpolitik, Arbeitspolitik

8. Vollbeschäftigung

Ziel der Vollbeschäftigungspolitik ist es, allen Einwohnern des Landes individuell ein aktives Leben, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch lebenslange Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Männer zu ermöglichen, einen persönlichen Anspruch auf soziale Leistungen zu begründen und eine Teilhabe an der Wohlstandsproduktion sicherzustellen. Die Integration in das Arbeitsleben stellt soziale Kommunikation her und trägt wesentlich zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei.

Dieser Anspruch gilt für Männer und Frauen, für Heranwachsende, Erwachsene und Ältere in gleicher Weise. Er ist nicht mit einer Verpflichtung zu lebenslanger Erwerbsarbeit zu verwechseln, oder mit einer Arbeitslosenquote von null Prozent: es geht darum, allen Arbeitssuchenden die Möglichkeit zu geben, die Art von Arbeit zu finden, die sie suchen. Dabei kann sich der Wille zur Beteiligung an der Erwerbsarbeit über den Lebenszyklus ändern, können zeitweise andere Aktivitäten im Vordergrund stehen (z.B. Eltern- und Erziehungszeiten oder Pflegezeiten für Familienangehörige für Männer und Frauen: wirkliche Wahlfreiheit ist entscheidend).

Vollbeschäftigung wird gefördert durch eine Nachfrage nach Arbeitskräften mit unterschiedlicher Qualifikation, die wiederum das Resultat einer Diversifizierung der Wirtschaft ist (→ Krisensichere Wirtschaft). So schafft z.B. der wirtschaftliche Strukturwandel mit neuen Verarbeitungs- und Vermarktungswegen für Agrarprodukte, aber auch neuen Produktionsmöglichkeiten (Biomasse) neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Der Nachfrage nach Arbeitskräften muss, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten, ein entsprechendes Angebot an qualifizierten Kräften gegenüberstehen (sonst kann die Nachfrage bei steigender Arbeitslosigkeit über Pendler/innen gedeckt werden). Eine Voraussetzung dazu ist ein der Nachfrage entsprechendes Niveau der → Qualifikation; eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik ist es, den Einfluss der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen zu verringern, um die qualitativen Bildungsziele zu erreichen, dies u.a. durch ein umfassendes Betreuungsangebot und Abstimmung gemeinsamer pädagogischer Ziele zwischen Schule und Träger des Betreuungsangebotes (Familienministerium) im Primärschulbereich(→ Integration).

aber auch die Ausrichtung der angebotenen Berufsausbildungen am künftigen Bedarf des Arbeitsmarktes sowie die Integration in den Arbeitsmarkt durch schnelle Vermittlung durch eine effiziente Arbeitsverwaltung und eine aktivierende, individuelle Unterstützung bietende Sozialschutzsysteme insbesondere zur Verbesserung der Employabilité durch Aus- und Fortbildung. Ebenfalls wichtig sind Rahmenbedingungen wie die soziale Integration und die familiäre Unterstützung. Einrichtungen, die die Verbindung von Kindern und Beruf ermöglichen, sind ein wichtiges Element einer Strategie, die die Verbindung von Flexibilität und Sicherheit („flexicurity“) auf dem Arbeitsmarkt in Einklang bringt und sind eine der Voraussetzungen für die Vollbeschäftigung. Ein hinreichendes Angebot an Arbeitsplätzen ergibt sich, wenn die wirtschaftliche Entwicklung, die Produktivitätsentwicklung und die Arbeitszeitpolitik soviel Arbeitsbedarf erzeugen, dass die sich mit demographischem Wandel, Bildungszeiten und Lebensstilen ändernde Nachfrage nach Arbeit gedeckt wird, und zwar möglichst ohne zusätzlich Umweltbelastung und Verkehrserzeugung. Um das vorhandene Produktivpotenzial auszuschöpfen und die Qualifikationen Männern und Frauen in gleicher Weise zu nutzen, sollten die Arbeitsangebote die Ansprüche unterschiedlicher Gruppen von Arbeitssuchenden (Voll- und Teilzeit, mit flexiblen Arbeitszeiten und Organisationsformen) ebenso berücksichtigen wie ihre unterschiedlichen Fähigkeiten (ältere/erfahrene Arbeitnehmer/innen, Jugendliche mit und ohne Qualifikation, Behinderte). Um den Übergang von der Erwerbs- in die Nichterwerbsarbeit und zurück gleitend zu gestalten und Durchlässigkeit zwischen den Arbeitsformen zu ermöglichen (keine Sackgassen zulassen) sind Fortbildungsmöglichkeiten ebenso notwendig wie die gegenseitige Anerkennung von außerhalb des Erwerbslebens erworbener Qualifikationen im Beruf (z.B. Sozialkompetenz, Kommunikationsfähigkeit, etc.) und umgekehrt.

Einerseits ist Vollbeschäftigung ein wesentlicher Beitrag zur → Vermeidung von Prekarisierung und zur → Überwindung der Armut; andererseits ist nicht jeder Arbeitsplatz ein guter Arbeitsplatz: der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sollte optimal sein (Verringerung der Schadstoffbelastung bei Produktion, Verarbeitung und Nutzung industrieller Güter, insbesondere Baustoffe), der

Arbeitsschutz/die Arbeitsplatzsicherheit (Unfallvorsorge), die Beschäftigungssicherheit, Autonomie in der Arbeit, Gleichstellung von Männern und Frauen und Anerkennung beruflicher wie außerberuflicher Qualifikationen sowie die Mitsprache bei Festlegung der Arbeitszeiten sind wesentlich für die Arbeitszufriedenheit und damit für die Lebensqualität. Hier kann einerseits die Politik anspruchsvolle Standards setzen (und ihre Umsetzung, auch zur Vermeidung von Schwarzarbeit, kontrollieren), andererseits können Firmen sich durch weitergehende Formen von „Corporate Social Responsibility“ profilieren.

Zielkonflikte:

Wenn hohes Wirtschaftswachstum und Diversifizierung angestrebt werden ergeben sich Konflikte mit Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung, soweit diese nicht von vornherein durch Rahmensetzung entschärft werden (z.B. Schwerpunkt auf eine Steigerung der Ressourcenproduktivität, die das Wirtschaftswachstum übersteigt, oder bevorzugte Förderung der Gründung und Ansiedlung Arbeitsplätze schaffender Klein- und Mittelbetriebe in Bereichen wie erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz).

Hohe Sozialabgaben würden die Arbeitskräfte verteuern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Luxemburg unattraktiver machen, was durch die Steuerfinanzierung der Sozialsysteme zumindest teilweise vermieden werden kann.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Bildungspolitik/Ausbildungsgänge, Sozial- und Familienpolitik (Bereitstellung von Infrastrukturen wie Kindergärten, Ganztagschulen, Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste etc.).

Um den Einfluss der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen zu verringern und die qualitativen Ausbildungsziele zu erreichen, muss es über den rein schulischen Bereich hinaus ein umfassendes Betreuungsangebot geben und eine Bestimmung gemeinsamer pädagogischer Ziele zwischen Schule und Träger des Betreuungsangebotes (Familienministerium) im Primärschulbereich (→ Integration).

9. Beseitigung der Armut weltweit

Die nachhaltige Entwicklung Luxemburgs kann nicht im luftleeren Raum geplant und durchgeführt werden kann. In Anbetracht der Tatsache dass exogene Faktoren die nationale Entwicklung Luxemburgs mitbestimmen – sei es in positiver wie in negativer Hinsicht – ist es notwendig, dass die Entwicklungszusammenarbeit Luxemburgs Teil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist. Die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit hat sich ein Qualitätsziel im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsstrategie Luxemburgs gesetzt, und zwar jenes der globalen Bekämpfung / Ausrottung der Armut (éradication globale de la pauvreté). „Global“ im Sinne von weltweit bezieht sich auf die Millennium Development Goals als Handlungsziele und bestimmt eine Entwicklungspolitik, die konsequent auf das von der UN vereinbarte Ziel ausgerichtet ist, bis 2015 die Anzahl der in *absoluter Armut* Lebenden mindestens zu halbieren. Die Armutsbekämpfung im Allgemeinen und die Umsetzung der Millennium Development Goals im Besonderen sind die Schwerpunkte der Entwicklungskooperation, mit thematischen Schwerpunkten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und integrierte lokale Entwicklung (mit den Schwerpunkten Wasser und Hygiene).

Die Umsetzung dieser Ziele geschieht in der eigenständigen politischen Verantwortung der Entwicklungszusammenarbeit, obwohl Teil der Außenpolitik, ist sie nicht instrumentalisiert und auch kein Instrument der Wirtschaftsförderung – wobei hier nichts gegen eine engere Kooperation sprechen würde (→ kohärente Governance). So könnten die speziellen Kompetenzen Luxemburgs auch für Zwecke der Entwicklungskooperation mobilisiert werden (denkbar wäre z.B. die Ausbildung von Finanzberater/inne/n, die gender-sensitiv sind). Wirtschaftlicher Nutzen ergibt sich eher indirekt durch Kontakte und die Pflege der Reputation des Standorts Luxemburg (→ Wettbewerbsfähigkeit).

Umweltaspekte werden in den Entwicklungsprojekten berücksichtigt; eine verstärkte Einbeziehung von speziellen Umweltprojekten in die Entwicklungszusammenarbeit (Erhalt des Naturkapitals als Voraussetzung von Armutsüberwindung und Entwicklung) sollte angestrebt werden, hängt jedoch auch von der Zustimmung der Partnerländer ab. Gender Mainstreaming (→ Gleichstellung) ist eine transversale Aktivität in der Entwicklungspolitik, könnte aber ggf. durch ein „gender training“ noch verbessert werden.

Der Stellenwert der Entwicklungskooperation für Luxemburg ist hoch; das zeigt sich hohen Engagement der Zivilbevölkerung ebenso wie an der Förderung durch Einsatz und Verwendung öffentlicher Haushaltsmittel (Transfers von 1% des BIP werden angestrebt) und der Betonung der Qualität in der Zusammenarbeit (vgl. die Paris Declaration on Aid Efficiency). Das sichert Luxemburg eine hohe internationale Sichtbarkeit, konstituiert aber auch eine Verantwortung für die Außen- und Außenwirtschaftspolitik, z.B. in den internationalen Organisationen im Rahmen der EU dafür einzutreten, den ärmsten Ländern eine Teilnahme am Welthandel unter Bedingungen zu ermöglichen, die ihre Möglichkeiten zu einer nachhaltigen Entwicklung verbessern

Zielkonflikte:

Momentan keine Zielkonflikte, aber potenziell, wenn die Lage der Finanzen die Höhe der Transfers in Frage stellen sollte. Der Versuch einer Instrumentalisierung der Entwicklungskooperation und ihrer Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung statt auf Armutsbekämpfung ist bisher nicht aufgetreten.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Die Umsetzung der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit und des damit verbundenen Qualitätsziels kann nicht allein vom Entwicklungs- bzw. Außenministerium, unabhängig von den Qualitätszielen anderer Ministerien und Verwaltungen verwirklicht werden, auch weil die Entwicklungszusammenarbeit transversaler ist als andere Politikbereiche. In dieser Hinsicht ist es wichtig darauf zu achten, wie die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit mit den andern Politikbereichen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie harmoniert, ob in der nationalen Politik die Voraussetzungen einer erfolgreichen Zusammenarbeit geschaffen werden (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung), ob mögliche Synergien genutzt und ebenfalls mögliche gegenseitige Beeinträchtigungen systematisch vermieden werden. Das luxemburgische Außenministerium trägt diesem Faktor

Rechnung indem eine interministerielle Arbeitsgruppe geschaffen wurde, die den andern Ministerien und Verwaltung ermöglicht an dieser Politik mitzudiskutieren.

Verbesserte Abstimmung mit der Wirtschaft könnte Kompetenzen auch für die Entwicklungskooperation bereitstellen; zugleich fördert diese Zusammenarbeit die Reputation des Standorts Luxemburg(→ Wettbewerbsfähigkeit sichern).

Die Mitsprache bei der Formulierung der Außenpolitik ist sinnvoll, aber das globale Denken sollte auch in anderen Ministerien (z.B. bei der Folgenabschätzung und Schwerpunktformulierung der eigenen Politik) und bei den gesellschaftlichen Akteuren stärker zum Tragen kommen (→ kohärente Governance).

10. Reproduktivität sichern

Reproduktivität bezieht sich auf die Selbstorganisationsfähigkeit komplexer Systeme wie Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Die Forderung nach Sicherung der Reproduktivität zielt einerseits darauf, diesen dynamischen Aspekt der Entwicklung einzufangen, und andererseits auf die Integration Bürger/innen, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in einem Prozess der Koevolution. Da dies ein sehr komplexer Punkt ist, werfen die einzelnen Forderungen unterschiedliche Schlaglichter auf ein zusammenhängendes Ganzes.

Individuen: Selbstverwirklichung durch Freiheit in Verantwortlichkeit ermöglichen

- Freie Wahl des Lebenswegs, → Versorgungssicherheit einschließlich soziale Sicherheit, finanzielle Grundsicherung, Arbeitsmöglichkeiten, gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher Lebensstile
- Freiheit in Verantwortlichkeit: Überwindung nicht nachhaltiger Konsummuster, Verschwendungsvermeidung
- Übergang von einer kurativen zu einer präventiven Gesundheitspflege
- Qualifizierte Bildung für alle (auch Schulabbrecher), Möglichkeiten der lebenslangen Fortbildung und Inanspruchnahme von Beratung

Gesellschaft: Schutz des sozialen Zusammenhalts durch Gerechtigkeit und Solidarität

- Förderung einer Kultur kollektiver Lernprozesse zur Anpassung an externe Entwicklungen
- Kooperative und konsensuale Lösungssuche durch diskursive Prozesse fördern, in die alle Einwohner/innen gleichberechtigt einbezogen sind.
- Geschlechterrollen überwinden
- Initiativegeist bei Männern und Frauen stärken
- Vorausschauende Analyse von Entwicklungen und frühzeitige Planung, wie Luxemburg auf künftige Herausforderungen reagieren soll

Wirtschaft: zukunftsfähige Strategien entwickeln

- Förderung des Ansatzes der konsensualen Lösung von Problemen der Wirtschafts- und Sozialordnung durch konsultative Prozesse der Sozialpartner und ggf. weiterer Vertreter/innen der Zivilgesellschaft
- Sozial-ökologische Umgestaltung nicht nachhaltiger Produktionsformen und Konsummuster
- Ein qualitative Komponente in die Messung des Wirtschaftswachstums integrieren
- Geschlechterrollen überwinden, Qualifikationen von Frauen gleich nutzen, Erfahrung in familialer Versorgungsarbeit als Qualifikationsbestandteil anerkennen
- Stärkung des Unternehmer/innengeistes
- Generationenwechsel gezielt organisieren (in Familienbetrieben, in Industrie und Landwirtschaft, in der Politik?)

Umwelt: Regenerationsfähigkeit und nutzen

- Die Selbstreinigungskraft / die Fähigkeit der Natursysteme zur Selbsterneuerung erhalten, Schutz der biologischen Vielfalt (Arten und Habitate).
- Die Umweltbelastung durch Bürger und Wirtschaft (einschließlich der negativen Wirkungen der Landwirtschaft) so verringern, dass die Selbstreinigungskräfte der Ökosysteme (z.B. der Gewässer) mit ihnen fertig werden

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Teilaspekte in allen Bereichen

11. Integration

Der Bereich Integration spricht alle Einwohner/innen Luxemburgs an – jede/r soll ein integrierter Teil der Gesellschaft sein. Dazu gehört die wirtschaftliche und soziale Integration (→ Vollbeschäftigung, → Verhinderung der Prekarisierung, → Chancengerechtigkeit durch Qualifikation), aber auch die Frage der Immigration und ihrer positiven wie negativen Auswirkungen auf sozialen Zusammenhalt, soziale Sicherungssysteme, Rentensicherung, etc. Immigration wiederum hängt in verschiedenen ihrer Aspekte mit der Entwicklungshilfe zusammen. So ist eines der Ziele der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit, die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsperspektiven, um der Bevölkerung in den Partnerländern eine Zukunft in ihrem Land zu ermöglichen.

Integration lebt von der aktiven Mitwirkung – das braucht Bürger/innensinn, und die Förderung von Partizipativ- und Initiativgeist. Ein Beitrag hierzu ist eine umfassende Beteiligung der Betroffenen und der sozialen Gruppen an der lokalen und regionalen Entwicklung

Zur Integration gehören auch Städte und Dörfer, die sozialen Ansprüchen gerecht werden, eine hohe Lebensqualität aufweisen und den sozialen Zusammenhalt stützen. Dies geschieht unter anderem durch

- allgemeinen Zugang zu Trink- und Abwasserversorgung, zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum,
- die Vermeidung sozialer Segregation innerhalb und zwischen den Wohnbezirken, und
- Verbesserung des Wohnumfeldes und die Planung neuartiger Stadtstrukturen, die öffentliche Flächen mit multifunktionellen Gruppen zusammenbringen und so den Austausch zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen fördern.

Ein anderer möglicher Beitrag zur Integration ist die Ermöglichung von Mehrgenerationen-Haushalten durch die Förderung von entsprechenden Bauprojekten

Zielkonflikte:

Integration an sich ist unbestrittenes Ziel der Luxemburger Politik, aber es werden auch Grenzen der Zuwanderung empfunden, so wenn die Luxemburger eine Minderheit im eigenen Lande werden oder die Integration Probleme aufwirft. Das selektive Abwerben von vor allem hoch qualifizierten Arbeitskräften aus Entwicklungsländern kann für die Luxemburger Wirtschaft positiv sein, aber gravierende negative Folgen für die Entwicklung dieser Länder haben.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Vorstellungen über die Geschwindigkeit der Umsetzung einzelner Teilziele

Erfahrungssammlung und –austausch über Erfahrungen mit Möglichkeiten, effektiven Formen und begrenzenden Faktoren von Beteiligung und deren Umsetzung in der Praxis (Governance).

Art, Form und Umfang der politischen Beteiligung von Ausländer/inne/n bei wachsendem Anteil an Ausländer/inne/n in der Bevölkerung

12. Chancengerechtigkeit, Kompetenzen, Qualifikationen

Geeignete Qualifikationen bestimmen wesentlich über die beruflichen und persönlichen Entwicklungschancen der Einwohner. Ziel der Bildungspolitik ist die erfolgreiche Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Werten an alle Schüler/innen, die diese für ein erfülltes Privat- und Berufsleben und eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft brauchen. Besonders wichtig sind dabei einerseits die Chancengerechtigkeit unabhängig vom sozialen Hintergrund (Sprache, Sozialstatus etc.) und andererseits die Inklusion sowie die Bekämpfung schulischer Misserfolge, d.h. die Reduzierung der gegenwärtig hohen Schulabbrecherquote und der Häufigkeit von Jahrgangswiederholungen durch Fördermaßnahmen, nicht durch Senkung der Standards. Diese Ziele konstituieren die Nachhaltigkeit des Bildungssystems. Sie sind wesentliche Voraussetzungen für die → Vermeidung von Prekarisierung und die → Überwindung von Armut, insbesondere durch die Integration aller arbeitssuchenden Männer und Frauen in den Arbeitsmarkt (→ Vollbeschäftigung).

Die Ziele der Chancengerechtigkeit und der Anhebung des Bildungsniveaus auf sämtlichen Schulebenen miteinander zu vereinbaren heißt, jeden einzelnen Schüler entsprechend seiner Fähigkeiten auf ein höchstmögliches Qualifikationsniveau zu bringen. Eine Voraussetzung dafür ist, in Anbetracht der sozioökonomischen Zusammensetzung der Schülerbevölkerung, die Verringerung des Einflusses der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen.

Auch die Einführung des kompetenzorientierten Unterrichts ist ein Kernbereich des Beitrags der Bildungspolitik zur nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg. Diese Neuausrichtung zielt auf eine bessere Differenzierung und Flexibilisierung innerhalb des Schulsystems, die sämtlichen Schüler/inne/n zugute kommt. Der damit verbundene Erwerb von Problemlösungskompetenz bietet zudem auch eine Antwort auf die häufige Kritik, die gegenwärtig gebotenen Qualifikationen würden nicht den geforderten Ansprüchen der Arbeitswelt entsprechen. Schulische Erziehung muss somit Wissens- und Kompetenzvermittlung, Werteerziehung und Persönlichkeitsbildung, die zusammen die Kompetenz zur Erkennung, Kontextualisierung, und Lösung von Problemen bilden (als Voraussetzung jeder anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit) und die Fähigkeit zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung stärken umfassen.

In späteren Lebensphasen ist zudem die Förderung des lebenslangen Lernens auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung, für Männer und Frauen aller Altersgruppen von entscheidender Bedeutung für ein erfolgreiches Berufsleben. Dabei sollten Geschlechterrollen überwunden, und die Qualifikationen von Frauen im gleichen Maß wie die von Männern genutzt werden. Geschlechtergerechtigkeit erfordert insofern neben der Chancengerechtigkeit durch formelle Institutionen (Kindergärten, Kinderhorte, Wahlfreiheit zwischen häuslicher Familienarbeit und Rückkehr in den Beruf, etc.) die Änderung informeller Institutionen wie Geschlechterrollen, Berufsbilder, etc. als Bedingungen der gleichberechtigten → Integration in die Gesellschaft auch für zukünftige Generationen.

Die sich aus Erstausbildung und aus der Weiterbildung ergebenden Qualifikationen ermöglichen auch die umfassende Beteiligung der Betroffenen und der sozialen Gruppen an der lokalen und regionalen Entwicklung. So entstehende Erfahrungen sind ihrerseits wieder Qualifikationen, die – ebenso wie Erfahrungen in familialer Versorgungsarbeit als Qualifikationsbestandteil im Erwerbsleben anerkannt werden sollten. Solche informellen Qualifikationsprozesse werden unterstützt durch die Förderung einer Kultur kollektiver Lernprozesse zur frühzeitigen Erkennung und Gestaltung von sowie zur Anpassung an externe Entwicklungen, die neue Herausforderungen für Luxemburg bedeuten.

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Bildungspolitik (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung).

13. Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bei Wissensvermittlung und Werteerziehung soll gelernt werden, Knappheiten zu erkennen und anzuerkennen, sich zukünftiger Herausforderungen (Klimawandel, Wasserknappheiten, Gesundheitsbelastungen o.ä.) bewusst zu sein, eigene Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Gerade in einem Land mit hohem Wohlstandsniveau ist es eine wichtige Aufgabe der Bildung, schon früh den Heranwachsenden zu vermitteln, dass es Grenzen des Konsums gibt, die sich nicht aus der verfügbaren Kaufkraft, sondern aus ethischen Prinzipien und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt (als Quelle und Senke) ergeben.

Ein Beispiel ist der Wasserverbrauch – sparsamer Umgang mit Wasser als Quelle ist notwendig, obwohl man sich viel mehr „leisten könnte“; dies stellt einen wesentlichen Beitrag zur Änderung der → Produktions- und Konsummuster dar. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die größtmögliche Vermeidung der Verschmutzung aller Gewässer und der Nutzung der Oberflächengewässer als Senke für Belastungen. Die Sensibilisierung für Nord-Süd-Fragen, die Entwicklung einer globalen Perspektive und das Wecken von Interesse an und Verständnis für die internationale Zusammenarbeit sollte ebenfalls Bestandteil des schulischen Bildungsauftrags sein. Globales Denken bereichert zudem die Persönlichkeit und ist Voraussetzung für die Beschäftigung in einer zunehmend global agierenden Wirtschaft (insbesondere der Finanzwirtschaft). Zur Persönlichkeitsbildung gehört auch die Verinnerlichung der Orientierung „nachhaltige Entwicklung“ als gesellschaftliche Selbstverständlichkeit als Ausdruck ethischer Maximen bzw. humanistischer Werte.

Bildung für nachhaltige Entwicklung umfasst – in Luxemburg wie international – die Wissens-, Werte- und Kompetenzvermittlung, die es Schülern ermöglichen soll, sich Verhaltensweisen anzueignen, die für eine positive Veränderung in den 3 Säulenbereichen (Soziales, Umwelt und Wirtschaft) erforderlich sind. Dafür schafft der kompetenzorientierte Unterricht die geeigneten Voraussetzungen einerseits durch die vermittelten (humanistischen) Werte, zum anderen durch den transversalen Ansatz der Wissensvermittlung, der eine nachhaltigkeitsgerechte Definition der zu vermittelnden Kompetenzen (z.B. die Fähigkeit, Nachhaltigkeitsprobleme zu erkennen, zu strukturieren und Lösungen bzw. Lösungsprozesse zu entwerfen) ermöglicht. Dabei ist Genderkompetenz als Teil der Problemlösungskompetenz zu vermitteln.

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann zudem nicht auf Teile des Bildungssystems beschränkt bleiben, sondern das integrative Verständnis von Nachhaltigkeit muss auch in den höheren Lehranstalten (z.B. der Universität) Bestandteil der Aus- und Fortbildung sein.

Zielkonflikte:

Die geplante Bildung und Ausbildung zielt auf die Qualifikation für bestehende Arbeitsplätze, nicht auf die im Rahmen der selektiven Diversifizierung voraussichtlich entstehenden. Dies kann sich zu einer „self-fulfilling prophecy“ entwickeln, wenn die Ansiedlung gerade deshalb misslingt, weil die notwendigen Qualifikationen vor Ort fehlen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Abstimmung der Fördermaßnahmen mit den übrigen Programmen zur Stärkung der sozialen Kohäsion, insbesondere mit → Chancengerechtigkeit durch bessere Qualifikation

14. Gleichstellung von Frauen und Männern durch Gender Mainstreaming

Gleichstellung ist ein Qualitätsziel des gesamten Aktionsplans. Diese Querschnittsaufgabe wird mit der Einführung von Gender mainstreaming gewährleistet. Dies bedeutet, dass jede Maßnahme auf ihre eventuell unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer untersucht wird, um eine negative Auswirkung auf ein Geschlecht zu verhindern.

Diese Herangehensweise ist kohärent mit derjenigen des nationalen Aktionsplans für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Der nationale Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung berücksichtigt den Gleichstellungsaspekt in den meisten Qualitätszielen (→ Sicherung der Finanzen (Gender budgeting), → wettbewerbsfähige Wirtschaft, → Armutsbekämpfung, → Klimaschutz, → Schutz der natürlichen Ressourcen, → usw.). Er geht über den vorherigen Plan hinaus durch die Integration von Genderaspekten nicht nur im sozialen Bereich.

Die Anwendung von Gender mainstreaming setzt ein Auseinandersetzen mit den traditionellen Geschlechterrollen voraus, das Aufbrechen von Stereotypen und Klischees, Verinnerlichung des Gender Mainstreaming als Teil von Persönlichkeit und Alltagskultur.

Auch in der Wirtschaft setzt nachhaltige Entwicklung die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen voraus, am Arbeitsmarkt allgemein sowie insbesondere auch in Führungspositionen. Die Bestandsfähigkeit der Wirtschaft hängt zum Teil von der Qualifikation der Arbeitnehmenden ab. Höhere Qualifikation verlangt eine Anpassung des schulischen Angebots die zur Diversifizierung der Ausbildung sowohl von Mädchen wie von Jungen führen müsste und zwangsläufig besser ausgebildete Arbeitnehmende heranbilden sollte (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung). Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt wie in Leitungspositionen in Staat und Gesellschaft setzt die Schaffung von notwendigen Infrastrukturen für Kinderbetreuung und pflegebedürftigen Menschen voraus.

Gleichberechtigung bedeutet auch gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, Chancen für Frauen in typischen „Männerberufen“ (z.B. Automechaniker, am Bau,...) und umgekehrt (Pflege- und Versorgungsberufe) sowie gleiche Aufstiegsmöglichkeiten zu Führungspositionen für Frauen wie für Männer. Die Teilnahme der Frauen an der bezahlten Arbeit trägt zur Sicherung der Versorgungsstrukturen bei und führt zu individuellen Altersrenten; sie vermindert das Armutsrisiko.

Die Förderung des Initiativ- und Unternehmergeistes sollte frühzeitig beginnen. Eine gezielte Förderung von Unternehmensgründungen von Frauen wird zur Diversifizierung der Wirtschaft führen. Genderkompetenz trägt zur Problemlösung bei, weil systematisch jede Maßnahme nach folgendem Muster analysiert wird:

- Wahrnehmung und Analyse der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern
- Formulierung und Festlegung von konkreten und überprüfbaren Zielen
- Bestimmung der Programme die zur Erreichung der Ziele führen sollen
- Evaluierung der Resultate an Hand von vorher bestimmten Indikatoren

Aus den oben formulierten Qualitätszielen und den vorgeschlagenen Prozessen zur Umsetzung ergeben sich die Handlungsziele:

- Gleichstellung von Frauen und Männern als Qualitätsziel zu erreichen bis 2050
- Dies ist möglich wenn auf die Methode des Gender mainstreaming zurückgegriffen wird (Langzeitprozess) - „Mainstreaming sustainable development“ und „Gender mainstreaming“ liegt dieselbe Arbeitsmethode zu Grunde (→ kohärente Governance)
- Handlungsziele im Bereich Gleichstellung der Frauen und Männer
 - Einführung des Gender budgeting (→ Zukunftsfähigkeit der Finanzen)
 - Frauenbeschäftigung / Lissabonziel

Zielkonflikte: Keine grundsätzlichen Konflikte

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik: Querschnittsthema (→ kohärente Governance).

15. Nachhaltiger Konsum und Produktion

In der Debatte über nachhaltigen Konsum wird dieser weit überwiegend als umweltverträglicher Konsum verstanden (so auch in Luxemburg); eine weitere Definition fokussiert auf fair gehandelte Güter, eine dritte (die soziale Elemente der letzteren mit dem Umweltfokus der ersteren kombiniert) auf Güter aus regionaler Produktion. Ökonomische und institutionelle Nachhaltigkeit (u.a. Finanzierbarkeit von Gütern resp. Partizipationsfähigkeit und Gerechtigkeit) spielen zwar in der Nachhaltigkeitsdiskussion allgemein eine wesentliche Rolle, aber nicht in der über nachhaltigen Konsum.

Information und Aufklärung – die heute meistgenutzten Mittel zur Förderung nachhaltigen Konsums – sind und bleiben zwar wichtig, reichen aber zur Durchsetzung anderer Konsummuster nicht aus, denn sie vernachlässigen wesentliche Zwecke des Konsums. So werden heute Konstruktion und Expression der Persönlichkeit sowie die Selbstwahrnehmung in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß durch Produktwahl- und Konsumakte konstituiert. Produkte sind eine Projektfläche für individuelle und kollektive Identitäten und Visionen. Eine Kennzeichnung oder Markenentwicklung unter dem Stichwort „Nachhaltigkeit“ kann ein Angebot schnell zum Nischenprodukt machen. Deshalb ist zur Förderung des nachhaltigen Konsums ein Instrumentenmix aus Aufklärung, rechtlicher Rahmensetzung und ökonomischen Anreizen erforderlich (der auch die Entwicklung nachhaltigerer Produkte stimuliert). *Zum umweltgerechten Konsum* gehören das Prinzip der Nicht-Verschwendung (sparsamer Umgang mit begrenzten natürlichen Ressourcen wie Wasser muss selbstverständlicher Teil der Lebensweise werden) und die Verringerung des Energieverbrauchs und des Abfall und Abwasseraufkommens der Haushalte. Reize bieten die Anwendung des Verursacherprinzips (Polluter Pays Principle, Internalisierung sozialer und ökologischer externer Kosten), umgesetzt z.B. durch fiskalische Anreize (z.B. höhere Automobil-Steuern).

Regionalwirtschaftlich nimmt die Förderung/Propagierung des Konsums regionaler Produkte im Agrar- und Lebensmittelsektor eine wesentliche Stelle ein; die Argumente dafür beziehen sich auf kulturelle Werte/Identität, Ware aus extensiver, naturnaher und bodengebundener Regionalwirtschaft, Umweltschonung durch kurze Wege, hohe und nachprüfbare Qualität. Ziel ist es, das Angebot (Menge und Palette) von regionalen Produkten zu verbessern, und über Diversifizierung (sanfter Tourismus im ländlichen Raum, Anbau nachwachsender Rohstoffe u.a. für den Bau, Serviceleistungen z.B. im Bereich der Landschaftspflege, Bioenergie, Obst- und Gemüsebau) die Erwerbschancen der bäuerlichen Landwirtschaft zu erhöhen.

Nachhaltiger Konsum und Produktion kann man auch auf die Entwicklungsländer ausdehnen, indem man Faktoren wie den Respekt des natürlichen Lebensraums der Bevölkerungen dieser Länder sowie eine angebrachte Entlohnung für die Arbeit und die Produkte gewährleistet. Es ist klar dass diese Themen nicht alleine unter ökologischen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten zu betrachten sind, sondern ebenfalls Fragen aufwerfen, welche im ökonomischen Bereich angesiedelt sind.

Zielkonflikte:

Ökonomische Instrumente sind zentraler Bestandteil in diesem Handlungsfeld; Preiserhöhungen können jedoch zu sozialen Härten führen, die durch ökologische Argumente nicht zu rechtfertigen sind (mangelnde soziale Nachhaltigkeit).

Nachhaltige Produktionsmuster in der Dritten Welt (d.h. soziale wie ökologisch und ökonomische Nachhaltigkeit) vs. Billigimporte, die zum Lebensstandard beitragen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Produktionsstrukturen können ökonomisch nachhaltig sein, aber nicht ökologisch, oder umgekehrt, oder beides. Nachhaltige Wirtschafts- und Raumplanungspolitik muss diesen potenziellen Konflikt *ex ante* in ihren Planungen berücksichtigen und diejenigen Ansätze realisieren, die sowohl wirtschaftlichen wie sozialen und Umweltkriterien gerecht werden.

Querschnittsthema (→ kohärente Governance).

16. Kohärente Governance

Kohärenz bezieht sich hier sowohl auf die horizontale, also interministerielle Koordination, als auch auf die vertikale zwischen Staat und Kommunen; Governance weist darauf hin, dass es nicht nur um Abstimmungsprozesse innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geht. Innerhalb der staatlichen Strukturen ist das Ziel eine bessere Abstimmung zwischen den Ministerien zur Vermeidung von Doppelarbeit und sich gegenseitig konterkarierenden Initiativen. Ein zweites ist die optimale Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinden und Staat, die eine effiziente und kohärente Umsetzung von Regelungen gewährleistet und in diesem Rahmen ein Höchstmaß lokaler Autonomie ermöglicht und die inter-kommunaler/regionale Kooperation fördert.

Aufgrund der engen Vernetzung Luxemburgs mit den grenznahen Regionen in Belgien, Deutschland und Frankreich kann sich eine längerfristig orientierte Governance nicht nur auf die interne Koordination und interne Entscheidungsprozesse beschränken. Besonders in den strategisch relevanten Bereichen der Landesentwicklung sind Wege zu finden, um durch eine gestärkte Zusammenarbeit mit den Grenzregionen und angepasste Planungsprozesse grenzübergreifender Natur, nachhaltigere Entwicklungsoptionen und Lösungen zu identifizieren und umzusetzen und so eine bessere Verteilung der Vor- und Nachteile der jeweiligen Entwicklungsszenarien der Grenzräume herzustellen.

Horizontale Ziele

- Bürokratismus ausmerzen, Orientierung auf Problemlösungen statt auf Zuständigkeiten fördern, Kooperation statt Konkurrenz, flexible und unbürokratische Lösungssuche
- Probleme mangelnder interministerieller Koordination durch bessere interministerielle Koordination in allen Phasen der Planungsverfahren überwinden. Eine solche Koordination ist immer dann notwendig, wenn andere Ministerien von der jeweiligen Entscheidung betroffen sind (Vermeidung von Doppelarbeit und inkonsistenten Planungen und Maßnahmen)
- Nachhaltigkeit konkretisieren, klare Prioritäten setzen und umsetzen, regelmäßiges Monitoring und systematische Politikfolgenevaluation, (öffentliche) Berichte über Erfolge und Misserfolge bei der Umsetzung, so Nachhaltigkeit erfahrbar machen, Lehren aus Umsetzungserfolgen und Misserfolgen ziehen und in der Weiterentwicklung der Umsetzungsstrategien berücksichtigen.
- Kapazitätsbildung für nachhaltige Entwicklung in der Verwaltung als Voraussetzung für das notwendige Mainstreaming von DD (gemäß den Beschlüssen von Rio und Johannesburg).
- Synergien suchen, globale Perspektive entwickeln, Kooperation mit der Zivilgesellschaft anstreben (z.B. Wirtschaft/Entwicklungskooperation)

Vertikale Ziele

- Bessere Zusammenarbeit von Staat, Gemeinden, Syndikaten usw.; Abstimmung von gemeinsamen Zielen, koordinierter Einsatz kohärenter Mittel, transparente, inklusive Kommunikation über alle relevanten Aspekte auf Basis gemeinsam abgestimmter, sektoraler und regionaler Entwicklungspläne. So können auch Arbeitsteilungen, integrierte Programme und daraus resultierende Synergien realisiert werden (z.B. Naturparks, Erholung, Tourismus).
- Optimierung der Aufgabenteilung von Staat und Kommunen durch klare abgegrenzte, komplementäre Zuständigkeiten, die sowohl die kohärente Implementation nationaler Ziele ermöglichen wie auch ein Höchstmaß an kommunaler Autonomie gewährleisten.
- Stärkung der horizontalen Kooperation der Kommunen untereinander, lokal, regional und grenzüberschreitend.

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte, aber schwierige Veränderung der Arbeitsformen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Interministerielle Aufgabenteilung auf ihre Effizienz überprüfen, ebenso die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Staat und Kommunen. Beispiele siehe insbesondere → nachhaltige Raumstruktur.

17. Nachhaltige Raumstruktur

Die vielfältigen, simultan verfolgten Ziele des Aufbaus einer nachhaltigen Raumstruktur betreffen alle raumwirksamen Politikfelder (Umwelt, Transport, öffentliche Infrastrukturen, Wirtschaft,...) und schlussendlich jeden Einzelnen. Die Raumplanung muss dazu unterschiedliche Interessen integrieren, von Verkehrsplanung über Flächennutzungsplanung bis zu Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen und Umweltplanung und darüber hinaus verstärkt auch soziale Aspekte, wie zum Beispiel die Geschlechtergerechtigkeit, berücksichtigen.

Angesichts der wachsenden Bevölkerung in Luxemburg soll es im Sinne einer nachhaltigen Raumstruktur insgesamt zu einer besseren – weil auf den jeweiligen Stärken aufbauenden – Komplementarität zwischen den Entwicklungsvorhaben in den städtischen und ländlichen Räumen kommen. Zunehmend sind dabei die Verhinderung weiterer Zersiedelung, die Integration der zunehmenden Zahl an Ausländern sowie die Verhinderung sozialer Polarisierung vordringliche Ziele. Dazu gehören ein: schonender Umgang mit dem natürlichen Ressourcen; effiziente Flächennutzung; Verkehrsvermeidung; Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und der Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad und zu Fuß, sowie die Bewahrung des kulturellen und natürlichen Erbes. Dabei sind die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen und schonend in Wert zu setzen und gleichzeitig gute Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und hohe Lebensqualität für die Menschen zu schaffen. Das erfordert u.a. Möglichkeit zur Partizipation an Kultur für jedermann, die Verfügbarkeit von gutem und bezahlbarem Wohnraum, hohe soziale Qualität des Wohnumfeldes (Sicherheit, soziale Segregation in und zwischen den Stadtteilen soziale Einbindung), Medienerreichbarkeit auf höchstem technischen Niveau (Zeitung, Internet, Telefon, Handy) und eine gute Umweltqualität der Umgebung (langfristig sichergestellte Verfügbarkeit nahe gelegener Freiräume, z.B. interurbane Grüngürtel, mit Eignung für Freizeitnutzung,

Das Leitbild der „dezentralen Konzentration“, beschreibt diese Tendenzen. Es strebt an, das Wachstum der Bevölkerung und der Wirtschaft in verschiedenen, komplementär zu entwickelnden Standorten zu bündeln und auf diesem Wege längerfristig Synergien im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft zu schaffen. In diesen Zentren (beispielsweise die Nordstad als Mittelzentrum oder die regionalen Zentren) sollen die notwendigen multifunktionalen Bedingungen urbanen Lebens bereitgestellt werden (Arbeitsplätze, Infrastrukturen, etc.), der Transportbedarf (und damit die Störungen durch Verkehrslärm) verringert und die Fahrstrecken verkürzt und durch die Kooperation der Zentren mit ihren jeweiligen Umlandgemeinden eine neue Partnerschaft Stadt-Land entstehen. Durch den Ausbau der urbanen Lebensqualität in den wenigen städtischen Gebieten in einem stark wachsenden Luxemburg soll gewährleistet werden, dass ihre Attraktivität als Arbeitsort erhalten und insbesondere aber als Wohnort durch maßvolle Verdichtung die sanfte Mobilität (Fußgänger und Radfahrer zu fördern sowie, hin zu einer Stadt der kurzen Wege verbessert werden kann. Insbesondere bei der Planung und Realisierung neuer Siedlungs- und Gewerbegebiete im Rahmen der Diversifizierungsstrategie, aber auch bei der Schaffung von neuem Wohnraum ist eine Integration der verschiedenen Politiken unverzichtbar (so sind neue Ansiedlungen z.B. auf effiziente nationale wie internationale Verkehrsverbindungen angewiesen). Insofern ist ein Ausbau des Schienenverkehrs (Personen und Güter) und der entsprechenden Infrastruktur in und zwischen den urbanen Zentren vordringlich, um den „modal split“ zu verbessern, eine einfache, inter- und multimodale Nutzung zu ermöglichen und die Erreichbarkeit aller Landesteile mit dem Umweltverbund zu sichern (auch zur Reduzierung der Unfallrisiken im Verkehr). Ein kohärentes Flächenmanagement soll helfen, die (legitimen) Ansprüche der Investoren und Nutzer mit den Ansprüchen eine nachhaltigen Raum- und Verkehrsplanung optimal zu koordinieren.

Parallel dazu sollen die besonderen Qualitäten (Landschaft, Landwirtschaft, organisch gewachsene Dorfstrukturen, Kulturerbe,...) der ländlichen Räume erhalten und gefördert werden, mit dem Ziel diese als multifunktionale Regionen mit eigener Identität für eine moderat zunehmende Bevölkerung in den ländlichen Gemeinden zu stärken. Die Land- und Forstwirtschaft als flächenmäßig dominierende Landnutzer sollen stärker in regionale Wertschöpfungskreisläufe eingebunden werden,

auch mit dem Ziel einer umweltgerechteren, regionaltypischen Landnutzung und dem Schutz der biologischen Vielfalt als wichtige Aufgaben (→ Regionalentwicklung, → Schutz der natürlichen Ressourcen).

Eine derartige themenübergreifende Planung ist im Rahmen des Programme Directeur und des IVL konzeptionell bereits konkretisiert; allerdings sehr anspruchsvoll was die kohärente, schrittweise Umsetzung über einen längeren Zeitraum betrifft, besonders auch in dem sehr dynamischen und stark von externen Faktoren abhängigen Entwicklungskontext von Luxemburg. Dazu sind die erforderlichen Koordinationsstrukturen sowohl zwischen den Fachministerien (z. B. Raumplanung, Wirtschaft, Gleichstellung, Landwirtschaft ...) als auch zwischen Staat und Gemeinden, und zunehmend den Regionen, schrittweise auf- und auszubauen, respektive effizienter zu gestalten (→ kohärente Governance). Das Ziel muss es sein, einander konterkarierende Planungen und Doppelarbeiten zu vermeiden, klare Arbeitsteilungen und komplementäre Aufgabenzuschnitte zu vereinbaren und so letztlich wichtige Entwicklungsvorhaben schneller und effizienter realisieren zu können (→ kohärente Governance). Das gesamte raumplanerische System inklusive der sektoriellen Fachplanungen muss ein lernfähiges System sein, innovativ bleiben und durch ein entsprechendes Monitoring in der Lage sein, auf neue Herausforderungen flexibel zu reagieren. Durch die Beteiligung und frühzeitige und regelmäßige Kommunikation mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft soll sichergestellt werden, dass Anregungen in die Planung einfließen, so die Kohärenz der Planung und die Akzeptanz ihrer Ergebnisse verbessert und ihre Wirkungen nachhaltiger werden.

Zielkonflikte:

Nicht notwendig, aber möglich. Insbesondere die nachhaltige Raumentwicklung und die selektive Spezialisierung der Wirtschaft bedürfen einer engen Abstimmung aller betroffenen Ministerien, wenn Konflikte von vornherein vermieden werden sollen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Umfassend, mit allen betroffenen Institutionen und der Zivilgesellschaft.

18. Schutz der natürlichen Ressourcen

Der Schutz der natürlichen Ressourcen dient der dem Erhalt bzw. der Verbesserung der Qualität des natürlichen Umfelds, der Beendigung des Verlustes an biologischer Vielfalt, dem Schutz von Gewässern und Landschaft und der Sicherung der Qualität der Böden. Langfristig kann er nur in weltweiter Zusammenarbeit gesichert werden, und der Entwicklungspfad, den die jetzt noch nicht entwickelten Länder einschlagen, wird mit darüber entscheiden, ob Klima und Biodiversität auf Dauer geschützt werden können. Luxemburg trägt durch seine Politik im Lande, in der EU und in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu diesem Ziel bei.

Dies kann durch die relative oder absolute Begrenzung der Belastungen erreicht werden; im Falle der relativen Begrenzung handelt es sich um die Verbesserung der Nutzungseffizienz unter anderem durch die Förderung von Recycling und technologischen Innovationen, national und EU-weit stimuliert durch Auflagen, Standards, oder ökonomische Anreize, und international durch die Entwicklungszusammenarbeit.. Eine Verbesserung der Nutzungseffizienz alleine ist jedoch nicht immer ausreichend, da auch steigende Effizienz mit wachsendem Verbrauch einhergehen kann. Soll der absolute Gebrauch wie in den Bereichen Landnutzung und Grundwasserverbrauch nicht mehr ansteigen, so muss bei weiter wachsender Einwohnerzahl sogar die Nutzung pro Einwohner gesenkt werden.

Wasser

Das erfordert z.B. im Bereich Wassernutzung neben technischen Verbesserungen (geschlossene Kreisläufe), der Reduzierung bekannter, die Nutzung einschränkender Verschmutzungen (z.B. durch Agrarchemikalien und Abwässer) und der Substitution (Wiederverwendung und Regenwassernutzung) insbesondere Sparsamkeit im Konsum der Wirtschaft und der Haushalte – in einer Wohlstandsgesellschaft eine nicht leicht zu vermittelnde Forderung (vgl. → Bildung und nachhaltige Entwicklung). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Erhalt der Grundwasserqualität zur Sicherstellung der weiteren Nutzung der Grundwasserressourcen als Trinkwasser. Eine Abnahme der Qualität der Grundwasserreserven (die immerhin 2/3 der Trinkwassermenge Luxemburgs darstellen) beinhaltet folglich auch eine Abnahme der zur Trinkwasserversorgung zur Verfügung stehenden Grundwassermenge. Dem Schutz der Grundwasserressourcen, als quantitativer Faktor der zur Verfügung stehenden Trinkwasserreserven, auf den der Mensch einen Einfluss hat, muss somit gerade in Vorbereitung auf den sich entfaltenden Klima- und damit Niederschlagswandel eine zentrale Bedeutung beigemessen werden. Hilfreich kann deshalb wo notwendig eine Stützung von Information und Erziehung durch fiskalische Steuerungsmechanismen (Ressourcensteuern) sein. Solche Erfahrungen können und sollen auch in die Entwicklungszusammenarbeit einfließen, die im Bereich Wasserversorgung und Hygiene – entsprechend den Beschlüssen des Weltgipfels von Johannesburg 2002 – einen Schwerpunkt bei der Umsetzung der MDGs gesetzt hat.

Neben dem Grundwasser ist der Schutz der Oberflächengewässer als Lebensraum für Pflanzen und Tiere und als Erholungsgebiete von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer.

Luft

→ Versorgungssicherheit, → nachhaltige Raumstruktur (Verkehr):

Zum Schutz der natürlichen Ressource "Luft" sind zum einen technische Lösungen gefordert, die den Ausstoß von atmosphärischen Schadstoffen auf ein Minimum reduzieren. In Luxemburg besteht hierzu nur noch ein geringes Reduktionspotential, da die Industriebetriebe bereits jetzt auf einem hohen technischen Standard sind.

Ein weit größerer Schutz der Luft kann durch einen sinnvolleren Umgang mit fossilen Brennstoffen und mit dem einhergehenden Ausstoß von Verbrennungsrückständen und - abgasen erzielt werden. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Verkehr (Ausbau und verstärkte Nutzung der öffentlichen

Transportmitteln) und Gebäudeheizung (Altbauanierung, Niedrig- oder Passivenergiehäuser, verstärkte Nutzung regenerativer Energien wie z. B. thermische Solarenergie, Erdwärme, usw.).

Luft ist jedoch ein bewegliches Gut und macht nicht bei den Landesgrenzen Halt. Luftschadstoffe in Luxemburg können ihren Ursprung in den Nachbarländern haben. Der Ausstoß von solchen Stoffen in Luxemburg kann zu Problemen im größeren europäischen Umfeld beitragen. Im Bereich des Schutzes der natürlichen Ressource "Luft" gewinnt somit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit größte Bedeutung.

Abfall

→ Wirtschaft krisensicher machen, → nachhaltiger Konsum und Produktion

Ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Reserven setzt eine starke Abfallvermeidungs- und Verwertungspolitik voraus. Verschiedene Initiativen in diesem Bereich haben bereits seit etlichen Jahren in Luxemburg Fuß gefasst, dies insbesondere im Bereich der betrieblichen Abfälle. Es gilt, diese Initiativen weiterzuführen und zu verstärken. Auch im Bereich der Haushaltsabfälle bestehen Strukturen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Im Rahmen einer weiterführenden Abfallpolitik mit dem Ziel des Schutzes der natürlichen Ressourcen ist darauf zu achten, dass die verschiedenen Materialströme so lange wie möglich den Wirtschaftskreisläufen erhalten bleiben. Hierzu ist insbesondere dem Produkt "Abfall" in seinen einzelnen Fraktionen eine hochwertige Materialqualität zuzuordnen.

Landschaft und Bodenkontamination

→ Wirtschaft krisensicher machen, → nachhaltiger Konsum und Produktion

Eine Weiterentwicklung der Wirtschaft Luxemburgs sowie deren Diversifizierung erfordert auch die Schaffung neuer Aktivitätszonen. Ein nachhaltiger Umgang der natürlichen Ressource "Landschaft" bedingt, dass bereits genutzte, von alten Aktivitäten wieder frei gewordene Flächen prioritär zu diesem Zwecke herangezogen werden. Es stellt sich jedoch oft dann das Problem der Bodenkontaminationen welche durch vergangene Nutzungen hervorgerufen wurden. Hier wird es wichtig, dass ein fundiertes Risikomanagement der Altlasten erfolgt, um durch gezielte Sanierungsmaßnahmen zum einen die erforderlichen Eingriffe in den Boden gering zu halten, zum anderen dafür Sorge zu tragen, daß aus eventuell verbleibenden Restkontaminationen kein negativer Impakt auf die natürliche Umwelt und die Gesundheit der Menschen erfolgen kann.

Chemie

→ Wirtschaft krisensicher machen, → nachhaltiger Konsum und Produktion:

Am 01. Juni 2007 ist die REACH-Verordnung in den Mitgliedstaaten der europäischen Union in Kraft getreten. Die Abkürzung "REACH" steht für "Registration, Evaluation and Autorisation of Chemicals" (Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien). Mit der REACH-Verordnung wurde somit ein Flickwerk von zahlreichen Verordnungen und Richtlinien der alten EU-Gesetzgebung der Chemikalienzulassung ersetzt.

Zweck dieser Verordnung ist es, ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und für die Umwelt sicherzustellen, einschließlich der Förderung alternativer Beurteilungsmethoden für von Stoffen ausgehende Gefahren, sowie den freien Verkehr von Stoffen im Binnenmarkt zu gewährleisten und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu verbessern.

REACH beruht auf dem Grundsatz, dass Hersteller, Importeure und auch nachgeschaltete Anwender sicherstellen müssen, dass sie nur Stoffe herstellen, in Verkehr bringen und verwenden, die die menschliche Gesundheit und die Umwelt nicht schädigen. Diesen Bestimmungen liegt das Vorsorgeprinzip zugrunde.

Den Unternehmen wird dabei mehr Verantwortung für den sicheren Umgang mit ihren Produkten übertragen. In Luxemburg bietet die nationale Auskunftsstelle (REACH Helpdesk) vielfältige

Informationen zu REACH, damit sich insbesondere kleine und mittlere Unternehmen schnell mit den neuen Regelungen vertraut machen können.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft, die mehr als die Hälfte der Landfläche Luxemburgs belegt, bestimmt durch ihr Verhalten wesentlich über den Schutz der natürlichen Ressourcen, im guten wie im bösen. Sie kann durch geeignete Wirtschaftsformen die Belastung des Grundwassers senken, die biologische Vielfalt schützen und die Emission von Klimagasen verringern. Prinzipien des Schutzes der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen sind deshalb notwendig ein integrierter Bestandteil jedes Programms ländlicher Entwicklung. Das schließt die produktive Nutzung nicht aus – eine Erhöhung der Agrarbioidiversität kann auch durch angemessenen Anbau von Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen für andere Branchen (z.B. Bau) erreicht werden (der gleichzeitig neuen Einnahmequellen für die Landwirtschaft erschließt → Prekarisierung).

<Wald: wird nachgeliefert.>

Zielkonflikte:

Potenzielle Konflikte mit ökonomischen Diversifizierungszielen (vgl. → Wirtschaft krisensicherer machen). Der verstärkte Anbau von Energiepflanzen stellt nicht nur direkt eine Gefährdung der Biodiversität dar, sondern beinhaltet auch eine verstärkte Belastung der Böden und des Grund- und Oberflächengewässer mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln (was ebenfalls die biologische Vielfalt bedroht), und steht somit in Konflikt mit dem Schutz der nationalen Trinkwasserreserven.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Weiterhin Abstimmung mit Raumplanung, Verkehrsplanung, Infrastrukturplanung im allgemeinen, Einbeziehung von Wirtschaftsplanung und Gender Mainstreaming. Deintensivierung der Landwirtschaft zum Schutz von Biodiversität und Grundwasser vs. Einkommenssicherung im ländlichen Raum – Auflösung nur möglich über eine Spezialisierung auf Hochpreissektoren, in denen Deintensivierung ökonomisch honoriert wird, zusammen mit der Verbesserung der Effizienz beim Einsatz von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln („Precision farming“, Pflanzenzucht, Beratung, Forschung). Technologietransfer und Integration von Entwicklungs- und anderen Politikbereichen.

19. Klimaschutz

Nach den aktuellen Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC (AR4, 2007) wird der Klimawandel in Europa zu Erwärmung, längeren Trockenperioden und Starkregen führen und so auch für Luxemburg Gesundheitsprobleme und Trinkwasserverknappung verursachen. Häufigere und stärkere Extremereignisse (Stürme, Sturzregen) bedrohen Wald, Boden/Landwirtschaft, beeinträchtigen die biologische Vielfalt und schädigen und Infrastruktur, Tourismus und Verkehrssicherheit/Logistik.

Die stärksten Folgen treffen aber nicht die Hauptverursacherländer (historisch: Europa, gegenwärtig: USA, zukünftig: China), sondern vor allem die überwiegend sehr armen Staaten rund um den Äquator. Hier werden Hunger-, Trinkwasser- und Hygieneprobleme verstärkt, die zu überwinden schon auf dem Weltgipfel in Johannesburg als internationale Priorität festgelegt wurde. Gleichzeitig fehlen diesen Staaten weit überwiegend die Mittel für Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen. Das IPCC empfiehlt daher, die Klimafolgevorsorge zu einem zentralen Thema der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. In der internationalen Kooperation Luxemburgs ist die vorsorgende Anpassung an künftige Klimaänderungen schon seit längerem ein Thema, dessen Schwerpunkte in Zusammenarbeit mit den Partnerländern festgelegt werden.

Der Schutz des Klimas sowie die Anpassung an den Klimawandel sind Querschnittsaufgaben, die nur in Zusammenarbeit unterschiedlicher Ressorts (interministerielles Komitee für Klimawandel) bewältigt werden können (vgl. → kohärente Governance). Luxemburg ist wegen seines hohen individuellen Energieverbrauchs und auf Grund des Tanktourismus darauf angewiesen, seine Kyoto-Ziele über den Erwerb von Zertifikaten aus dem Clean Development Mechanism zu erreichen; die langfristigen Kosten dieses Zustands sind nicht kalkulierbar.

Maßnahmen zur Vermeidung/Verminderung (IPCC: Mitigation)

- Die Stützung der umweltverträglichen Nutzung erneuerbarer Energien, einschließlich Biomasse-nutzung der zweiten Generation, soweit die resultierenden Umweltbelastungen begrenzt sind und die lebenszyklusweite Energiebilanz deutlich positiv – und damit der Flächenverbrauch begrenzt – ist.
- Verringerung CO₂-Intensität der Volkswirtschaft (kg/ € BIP) durch Effizienzsteigerung (Reduzierung des Energieverbrauchs in der Produktion z.B. von Baumaterialien) und Verbrauchsreduzierung, gestützt z.B. durch steuerliche Anreize (z.B. höhere Automobil-Steuern).
- Reduzierung des Energieverbrauchs der Haushalte (z.B. bei Erstellung und Nutzung von Häusern, insbesondere durch Einsparungen im Niedertemperatur-Wärmebedarf durch Sanierung des Altbaubestands und Orientierung von Neubauten in Richtung Nullenergiehaus).
- Information für und Sensibilisierung der Haushalte für die Möglichkeiten des Energiesparens

Anpassung (IPCC: Adaptation)

- Die Vorsorge gegen Klimawandelfolgen beinhaltet beim Hochwasserschutz naturnahe und vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasserspitzen.
- Weitere Vorschläge für Anpassungsmaßnahmen (Stürme, Grundwasserverfügbarkeit, Gesundheitsfolgen, biologische Vielfalt und die Auswirkungen auf die entsprechenden Branchen) liegen nicht vor.

<Energie → Wirtschaft krisensicher machen, Versorgungssicherheit: wird nachgeliefert>

Verkehr → Versorgungssicherheit, → nachhaltige Raumstruktur>

Zielkonflikte:

Falls Luxemburg weiter auf Kompensation eigener Emissionen durch CDM-Zertifikate setzt, ergeben sich – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zertifikatpreise – potenzielle Konflikte mit der

Zukunftsfähigkeit der Finanzen (im Extremfall kann die Zahlung für Zertifikate sogar die Einnahmen aus dem Tanktourismus überkompensieren).

Steht dagegen die Reduzierung der Emissionen im Lande im Vordergrund, so ergeben sich Konflikte mit der Diversifizierung und der Verkehrsentwicklung (zu möglichen Gegenmaßnahmen s. u.a. → nachhaltige Raumstruktur).

Die Emissionen werden bei Diversifizierung und weiterem starken Wachstum der Wirtschaft tendenziell zunehmen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Querschnittsthema (→ kohärente Governance), abgestimmte Maßnahmen in den Bereichen Steuerpolitik, Wirtschaftsförderung, Gesundheitsvorsorge, Landesplanung, Forstwirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Transport & Logistik, ...